



Leseprobe aus Betz, Bischoff-Pabst und de Moll, Leitbilder »guter«
Kindheit und ungleiches Kinderleben, ISBN 978-3-7799-2558-3
© 2020 Beltz Juventa in der Verlagsgruppe Beltz, Weinheim Basel
[http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/
gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-2558-3](http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-2558-3)

Inhalt

Vorwort 5

Teil I

Die EDUCARE-Studie: Theoretische Grundlagen und Methoden

Leitbilder »guter« Kindheit und ungleiches Kinderleben: Eine Einführung
Tanja Betz, Stefanie Bischoff-Pabst und Frederick de Moll 12

Theoretische Grundlagen der EDUCARE-Studie
Frederick de Moll, Stefanie Bischoff-Pabst und Tanja Betz 31

Methodisches Vorgehen und methodologische Grundlagen
der EDUCARE-Studie
Stefanie Bischoff-Pabst, Frederick de Moll und Tanja Betz 50

Teil II

Eltern im Fokus: Bildung, Erziehung, Betreuung und Milieu

Milieuspezifische Bildungs- und Betreuungsarrangements und elterliche
Sollensvorstellungen in der frühen Kindheit
Frederick de Moll 90

Soziales Milieu und familiäre Bildungspraxis in der Grundschulzeit
Frederick de Moll 117

„Wir hören gerne die Meinung von der Erzieherin, aber im
Endeffekt ist es ja nicht ihre Entscheidung“ Elterliche Habitustypen
und ihr Verhältnis zu den Kindertageseinrichtungen ihrer Kinder
Nicoletta Eunicke 135

Perspektiven von Eltern auf Bildung und Erziehung
Zur symbolischen Macht von Leitbildern »guter« Elternschaft
Tanja Betz und Stefanie Bischoff-Pabst 153

Teil III

Kinder im Fokus: Kinder als Akteure in sozialen Ungleichheitsverhältnissen

Kulturelles Kapital und Schulerfolg – Die vermittelnde Rolle des Schülerhabitus <i>Frederick de Moll</i>	180
Meritokratie und Kapital Was Kinder über Ursachen sozialer Ungleichheiten wissen <i>Tanja Betz und Laura B. Kayser</i>	198
Disziplin und Ordnung oder Autonomie und Hilfsbereitschaft? Zur sozialen Bedingtheit von Wertorientierungen von Kindern <i>Simone Abendschön</i>	217

Teil IV

Pädagogische Fachkräfte und Lehrkräfte im Fokus: Ungleichheit und Milieu in Bildungsinstitutionen

Professionalität in Kindertageseinrichtungen vor dem Hintergrund milieubedingter Habitusmuster <i>Stefanie Bischoff-Pabst</i>	238
Die Bedeutung des schulischen Milieus für ungleichheitsrelevantes Handeln und Einstellungen von Grundschullehrkräften <i>Frederick de Moll</i>	255
„Da steht man ja vor Windmühlen, ne?“ Perspektiven von Grundschullehrkräften auf Bildungsungleichheit <i>Britta Menzel und Stefanie Bischoff-Pabst</i>	273
Die Autorinnen und Autoren	291

Leitbilder »guter« Kindheit und ungleiches Kinderleben: Eine Einführung

Tanja Betz, Stefanie Bischoff-Pabst und Frederick de Moll

Einleitung

„Kinder sind unsere Zukunft“¹ – dieser, auch international verbreitete Slogan wird vielfach herangezogen, um Forderungen danach, Kinder stärker in das Zentrum der politischen und fachlichen Aufmerksamkeit zu rücken, mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Der eingeforderte Blick auf Kinder und (frühe) Kindheit, wird dabei auf politischer Ebene in Bezug gesetzt zu (zukünftigen) gesellschaftspolitischen Entwicklungen in einzelnen Ländern, auf europäischer und auf globaler Ebene. So betont das Kinderhilfswerk UNICEF in seiner Report Card 14 „Building the Future“ im Zusammenhang mit der Umsetzung der globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung: „Successful outcomes for today’s children will build the foundations for the well-being of our societies tomorrow“ (UNICEF Office of Research 2017, S. 4).² Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, kurz OECD, hält in ihrem Bericht „Doing better for children“ fest: „Countries need to pay better attention to the lives of their children for the sake of their economies and their societies“ (OECD 2009, S. 14) und Esping-Andersen et al. (2001) fokussieren in ihrem Bericht an die EU-Ratspräsidentschaft ebenfalls in besonderer Weise die Kinder. Sie schreiben: „It is in childhood that the foundations of citizens’ life chances are laid. A good life in the future will require far greater resources and competences and we therefore advocate a comprehensive social investment strategy in favour of children and families with children“ (ebd., S. 3).

Diese Kindzentrierung als ein vielen politischen Strategien übergeordnetes Leitbild, lässt sich in Wohlfahrtsstaaten spätestens seit den 1990er-Jahren beob-

1 Mit diesem Ausspruch beginnt eine Pressemeldung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 22. Februar 2019, in der es um die *gute* Kinderbetreuung geht (www.bmfsfj.de/bmfsfj/themen/familie/kinderbetreuung/gute-kinderbetreuung-/73518 (Abfrage: 31.05.2020)).

2 Olk (2010) hebt darauf ab, dass auch internationale Organisationen zur Bedeutungsaufwertung von Kindern in der Politik beitragen (vgl. zur Bedeutung internationaler Nichtregierungsorganisationen für die Lebenslagen von Kindern auch Bühler-Niederberger 2020).

achten; seitdem nehmen Kinder und die Lebensphase Kindheit eine zunehmend relevante Stellung auch in der politischen Agenda in Deutschland ein (Olk 2010, S. 291). Dabei sind Kinder und Kindheit, mit Honig (2009) gesprochen, „die klassischen *proxy*-Themen zeitdiagnostischer Debatten“, wobei er zugleich festhält: „Es geht immer um etwas Anderes“ (ebd., S. 7, Hervorh. i. O.). Worum also geht es?

Es geht, so Ostner (2008, S. 49), um Ausdrucksformen einer „Neuprogrammierung der deutschen Sozialpolitik“³, eines „gesellschaftspolitischen Paradigmenwechsel(s)“ (Klinkhammer 2014, S. 15), die sich in einer kindbezogenen Sozialinvestitionsstrategie (Esping-Andersen et al. 2001; Esping-Andersen 2002, S. 26) und damit einhergehend einem neuen Wohlfahrtsstaatsverständnis ausdrückt. Dieser politische Paradigmenwechsel ist nicht nur in Deutschland beobachtbar. Im Zuge dieses Wechsels verändern sich auch die Lebensphase Kindheit sowie die damit verbundenen Leitbilder *guter* Kindheit, d. h. gesellschaftlich breit geteilte Vorstellungen darüber, wie Kindheit *gut* gestaltet werden soll und welche Verantwortlichkeiten hierbei von unterschiedlichen Akteuren getragen werden sollen.

Da sich Kindheit „als ein soziales Gebilde und normatives Konstrukt“, so Mierendorff (2014, S. 265), „direkter politischer Steuerung“ entzieht, setzen wohlfahrtsstaatliche Regulierungen und Umbauten einerseits an der Institution Familie und den außerfamilialen Institutionen wie Kindertagesbetreuung und Schule an und nehmen andererseits Einfluss auf die sozialen Beziehungen von Kindern zu den verschiedenen relevanten Akteuren der Kindheit sowie wiederum auf ihre Beziehungen zu den Kindern (ebd., S. 265). Damit werden die drei zentralen Institutionen der Kindheit in ein neues Verhältnis zueinander gerückt (vgl. Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2013; Richter/Andresen 2012). Dieses Verhältnis, bisher in Deutschland vornehmlich „durch das normative Ideal einer Familienkindheit konfiguriert“ (Klinkhammer 2014, S. 14), wird neu austariert. So sprechen die Autorinnen und Autoren des 14. Kinder- und Jugendberichts von „neuen Mischungsverhältnissen“ zwischen privater und öffentlicher Verantwortung für das Aufwachsen von jungen Menschen (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2013, S. 63). Diese Neujustierung von Kindheit hat für Eltern, Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte und nicht zuletzt für Kinder weitrei-

3 Ostner (2008) schlussfolgert, dass die Radikalität des Politikwechsels die negative Familienrhetorik in Deutschland mit erklären könne. Sie zeichnet nach, wie der Paradigmenwechsel zur aktivierenden Familienpolitik einher geht mit negativen Diskursen über die Familie wie z. B. einer „inzwischen verbreiteten Skepsis gegenüber den Leistungen der Familie für ihre Kinder“ sodass man den Eindruck eines „multiplen Familienversagens“ gewinne (ebd., S. 62). Auf das „neue Misstrauen gegenüber der Familie“ gehen auch Großkopf und Winkler (2015) ein.

chende Folgen und verlangt diesen Akteursgruppen ab, sich zu den Leitbildern *guter* Kindheit zu positionieren.

Der in den politischen, sozialinvestiven Strategien zum Ausdruck kommende Blick auf *Kinder* nimmt diese jedoch primär als Humankapital und insofern nicht als *Akteure* (siehe Teil I: *Theoretische Grundlagen*) in den Fokus – ein Blick, der nach Hendrick (2014, S. 456) in historischer Perspektive seit mindestens Ende des 19. Jahrhunderts beobachtbar ist. Das Interesse des neuen kindzentrierten Wohlfahrtsstaats liegt nun darin, früh und effektiv in Kinder (und Familien), genauer: in die Bildung und Betreuung der Kinder, zu investieren, weil dann hohe Gewinne für die Gesellschaften zu erwarten sind. Dies ist der Kerngedanke von Esping-Andersens' (2002) *child-centered social investment strategy*. Es geht also in den kindbezogenen Strategien weniger um eine neue Sicht auf das Kind *als* Kind, das Kind *als* Akteur oder um *die* Kinder und ihr Leben und Wohlbefinden, wie es in den einleitend genannten Zitaten zunächst scheint. Die neue „Kindheitspolitik“ (Ifland 2017, S. 17)⁴ wird vielmehr missverstanden, wenn man glaubt, die Kinder als *gegenwärtige* Mitglieder der Gesellschaft und als mitunter eigenwillige Akteure stünden im Fokus familien- oder auch betreuungspolitischen Handelns. Das wohlfahrtsstaatliche Interesse gilt vielmehr dem Kind bzw. den Kindern als *künftig* nützlichen Mitgliedern der Wissensgesellschaft; ihre Fähigkeiten und ihre Motivation sind zentral für die neue wissensbasierte Ökonomie (‘evolving knowledge economy’, Esping-Andersen et al. 2001, S. 2). Der politische Fokus, der mit dieser neuen Strategie einhergeht bzw. einhergehen soll, liegt darauf, zu prüfen und im Prozess zu begleiten, welche Voraussetzungen hierfür zu schaffen sind, welche Kosten damit einhergehen und wie sich diese mittel- und langfristig auszahlen. Betont wird daher aus einer bildungsökonomischen Perspektive die hohe Effizienz früher „Inputs“ (Spieß 2013, S. 122) und die nachgewiesenermaßen hohe Rendite von früh einsetzenden Investitionen in eine „gelingende Entwicklung und Bildung von Kindern“ (ebd., S. 123).⁵ Bedeutsam ist dabei, dass sich diese Investitionen insbesondere bei Kindern aus weniger privilegierten Familien lohnen bzw. sich als besonders effizient erweisen und damit eine kindzentrierte Strategie zugleich an Fragen der Gerechtigkeit und dem Ideal der Chancengleichheit orientiert ist und spezifische Investitionen in benachteiligte (vielfach arme) Kinder, „die Chancengerechtigkeit einer Gesellschaft (erhöhen)“ (ebd.,

4 Ifland (2017) spricht übergreifend von Kindheitspolitik, die Betreuungspolitik miteinschließt, welche sie wiederum zugleich als Teil von Familienpolitik fasst (ebd., S. 17).

5 „Frühe Bildung lohnt sich“ war der Titel einer Bund-Länder-Konferenz 2015 in Berlin, die in eine gemeinsame Erklärung von Bund, Ländern, Kommunalen Spitzenverbänden, Gewerkschaften und Arbeitgebern mit dem Titel „Investitionen in frühe Bildung lohnen sich“ mündete (www.fruehe-chancen.de/fileadmin/PDF/Fruehe_Chancen/Bund-Laender-Konferenz/Gemeinsame_Erklaerung.pdf (Abfrage: 31.05.2020)).

123; hierzu auch: Esping-Andersen et al. 2002).⁶ Das rückt das *ungleiche Kinderleben* in den Fokus von Öffentlichkeit und Politik. Die Neuausrichtung des Wohlfahrtsstaats und den damit verbundenen Institutionen der Kindheit ist eng verknüpft mit dem Bemühen, soziale Ungleichheiten abzubauen, um so Potenziale sozial benachteiligter Gruppen in der Bevölkerung freizulegen und nutzbar zu machen. Dabei werden insbesondere Bildungsungleichheiten politisch in hohem Maße problematisiert („closing educational gaps“, Esping-Andersen et al. 2001, S. 69); zu deren Bekämpfung werden Akteure wie Institutionen verstärkt in die Pflicht genommen. Die Benachteiligung von Kindern aus Familien mit geringeren ökonomischen und bildungsbezogenen Ressourcen ist dabei nicht primär eine Frage sozialer Gerechtigkeit, sondern eine Frage ökonomischer Notwendigkeit: Will man Begabungen und Potenziale von Kindern unabhängig von deren sozialer Herkunft für die Zukunft fruchtbar machen, so müssen alle in die Gestaltung von Kindheit involvierten Akteure dahingehend aktiviert werden, ungleiche Startchancen zu kompensieren, die Beteiligung an institutionalisierten Formen von Bildung und Betreuung zu erhöhen und zur Entwicklung positiver Einstellungen zu (lebenslangem) Lernen, Bildung und Förderung beizutragen. Allerdings, so ist festzuhalten, gibt es viele offene erziehungs- und sozialwissenschaftliche Fragen dazu, inwiefern sich über bereits eingeleitete Reformen und Initiativen diese (Bildungs-)Ungleichheiten tatsächlich wie beabsichtigt nachhaltig reduzieren lassen bzw. ob auch und inwiefern neue Disparitäten entstehen oder gegenwärtige Ungleichheiten reproduziert werden (u. a. Betz et al. 2017, S. 151 ff.; Klinkhammer/Riedel 2018, S. 59 ff.).

Die Lebensphase Kindheit wird also im Zuge der neuen Politiken zwischen privater und öffentlicher Verantwortung effizienter justiert, spezifische ‚Kindheitspolitiken‘ (vgl. Ifland 2017) regeln Bildung und Betreuung in Familie und öffentlich verantworteten Institutionen neu und richten diese auf das Kind als Humankapital aus. So koppelt das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, wenn es von den „wichtigsten Zukunftsaufgaben in Deutschland“ spricht, diese in seiner genannten Pressemeldung an politische Ziele und Maßnahmen wie die „gute Kinderbetreuung und frühe Bildung für alle Kinder“ (BMFSFJ 2019, siehe Fußnote 1). Damit werden die Kinderbetreuung und die (frühe) Bildung in die skizzierten umfassenden sozialstaatlichen

6 In der Qualifizierungsinitiative „Aufstieg durch Bildung“ haben 2008 Bund und Länder Prioritäten in mehreren Handlungsfeldern festgelegt. Ziel der Initiative und entsprechend eingeleiteter Maßnahmen sind, u. a. „Bildung soll in Deutschland höchste Priorität haben“, „Jedes Kind soll bestmögliche Startbedingungen haben“ und „Jede und jeder soll die Chance zum Aufstieg durch Bildung haben“, so das Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (2015) in ihrem Bericht zur Umsetzung von 2015 ([www.bmbf.de/files/Bericht_Qualifizierungsinitiative_in_Deutschland_2015_\(2\).pdf](http://www.bmbf.de/files/Bericht_Qualifizierungsinitiative_in_Deutschland_2015_(2).pdf)) (Abfrage: 31.05.2020)).

Strategien eingebettet, die einen Wechsel vom vorsorgenden zum kindzentrierten Sozialinvestitionsstaat markieren. Eingefordert und politisch durchgesetzt werden soziale Investitionen, die einen Beitrag zur wirtschaftlichen Entwicklung leisten (sollen); betont wird die Aktivierung und Befähigung des Einzelnen zur Bewältigung seiner Lebensbedingungen (Klinkhammer 2014, S. 16, S. 518) sowie die erhöhte Chancengleichheit für *alle* Kinder (ebd.) und damit auch ein möglichst effizienter Ausgleich von Benachteiligungen, z. B. durch den Abbau von Armut (vgl. Esping-Andersen et al. 2002).

Die Reden und Schriften über neue kindzentrierte sozialinvestive Politikstrategien, spiegeln damit nicht lediglich veränderte politische Prioritätensetzungen wider. Sie finden sich auch in zahlreichen rechtlichen Regelungen und politischen Maßnahmen und in einer veränderten Interpretation sozialer Risiken, Bedürfnisse und Bedarfe (u. a. Olk 2010, S. 291). Kindzentrierte Politikstrategien haben mit unterschiedlicher Ausprägung und vor dem Hintergrund nationaler Defizitdiagnosen (u. a. mit Blick auf das Versagen der Familie, siehe Fußnote 3 und die (qualifikationsbezogenen) Defizite pädagogischer Fachkräfte, kritisch dazu: Betz 2013, S. 266 ff.) in zahlreichen europäischen Staaten Einfluss auf die politische Agenda genommen (vgl. u. a. für Großbritannien: Hendrick 2014; für Norwegen und Deutschland: Ifland 2017; Olk 2010; für Deutschland: Klinkhammer 2014; für Schweden, Deutschland und Großbritannien: Stolberg 2017).

Konkret setzt Esping-Andersen (2002) in seinen Empfehlungen u. a. auf die Verminderung von Kinderarmut durch finanzielle Transfers und ebenso durch eine verstärkte Erwerbstätigkeit insbesondere von Müttern (ebd., S. 56 ff.) sowie auf den quantitativen Ausbau und insbesondere die Bereitstellung eines qualitativ hochwertigen Angebots frühkindlicher Bildung, Betreuung und Erziehung (ebd., S. 49) als Teil einer präventiven Strategie („preventive strategy“) für alle Kinder, aber insbesondere für Kinder aus benachteiligten, sogenannten „vulnerablen Familien“ (ebd.).⁷

Dabei scheint es unumstritten, dass Investitionen in die frühe Bildung, ganz besonders für benachteiligte Kinder, notwendig und in mehrfacher Hinsicht lohnend sind. Von der Notwendigkeit zeugen zunächst einmal zahlreiche große Reformen insbesondere im Feld der frühen Bildung, Betreuung und Erziehung und damit einhergehende Gesetzesänderungen, eine Entwicklung, die Rauschenbach (2011) für Deutschland als „neu und in Geschwindigkeit wie Zielstrebigkeit in der bundesdeutschen Geschichte beispiellos“ (ebd., S. 160) cha-

7 Ifland (2017) beschreibt diese Entwicklungen, die in einer zunehmenden staatlichen Fokussierung auf die öffentliche Kindertagesbetreuung münden, als eine Kombination aus wirtschaftlichen und sozialinvestiven Motiven (ebd., S. 25 ff.).